

Rede zum Haushalt des Fraktionsvorsitzenden der LWL-Piraten / Wir für Westfalen, Sven Sladek

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste,

seit rund einem Jahr sind wir nun die Fraktion LWL-Piraten / Wir für Westfalen. Deshalb wird meine letzte Haushaltsrede in diesem Hause zugleich auch meine längste und an zeitlich ungewohnter Stelle sein. Das müssen Sie jetzt einfach mal aushalten. Aber keine Sorge, dieses Mal werde ich nicht so heftig auf die Groko schimpfen, im Gegenteil wir sind in vielen Punkten zufriedener denn je.

Gewiss, das hat wenig mit ihren beiden Fraktionen zu tun, sondern ist primär extern gesteuertem Handlungsdruck geschuldet. Aber der Reihe nach.

Für viele innerhalb der Kulturabteilung des LWL wird es das Highlight des vergangenen Jahres sein (- wir haben es zuvor bereits gehört -), dass das kulturpolitische Konzept zum Abschluss gebracht wurde.

Für uns ist ein anderer Aspekt deutlich wichtiger: In Zeiten des weltweiten Erstarkens der nationalistischen Bestrebungen, ja sogar einer Renaissance des Faschismus die wir ohnmächtig beobachten müssen, haben wir eine massive Unterstützung der Erinnerungskultur an die Gräueltaten des Nationalsozialismus beschlossen.

In unserer Zeit ist das ein mächtiges und starkes Signal, es darf bei aller Liebe für die westfälische Heimat – für die der LWL auch steht – niemals vergessen werden, wohin diese führen kann, wenn sie in den Händen der Populisten überzeichnet wird. Chapeau!

Im Bereich der Kultur begrüßen wir weiterhin, dass viele Saisonkräfte in den Museen jetzt fest angestellt werden. Dummerweise ist das keine politische Entscheidung, sondern der Betriebsprüfung der Deutschen Rentenversicherung geschuldet. Das Ergebnis ist begrüßenswert, der Weg dorthin jedoch bedauerlich bis peinlich und ihrem permanenten Sparzwang geschuldet. Wir würden es noch mehr begrüßen, wenn auch weitere Saisonkräfte respektive befristete Anstellungen umgewandelt werden könnten, um die permanente Unsicherheit und winterliche Belastung der Betroffenen zu beenden.

Und wo wir gerade beim Thema Personal sind: Auch die Einrichtung der Stabsstelle Digitalisierung, sowie weiterer Stellen in der IT begrüßen wir sehr, tatsächlich eine politische Entscheidung. Die Entscheidung zur Aufstockung der LWL-IT, um im Bereich Sicherheit handlungsfähig zu bleiben, ist allerdings wieder externen Faktoren geschuldet – in diesem Fall der GPA. Und das, obwohl wir schon seit Jahren, als Gruppe der LWL-Piraten, darauf hingewiesen haben das es hier einen Bedarf gibt.

Ist ja nicht so, als seien die Piraten seinerzeit bekannt dafür waren in Sachen Informatik gewisse Kompetenzen zu haben. Schwamm drüber, warum auf Fachleute hören. Aber jetzt ist ja alles gut.

Eine große Unsicherheit in diesem Doppelhaushalt sind sicherlich die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes. Der LWL gibt Aufgaben im Bereich der Grundsicherung ab und erhält dafür neue Aufgaben im Bereich der Frühförderung von den Kommunen.

Wir glauben, der Verwaltung ist es wirklich gut gelungen, die finanziellen und personellen Auswirkungen realistisch einzuschätzen und in den Haushalt einfließen zu lassen.

Allerdings hat sich offensichtlich das Land innerhalb des Ausführungsgesetzes für ebenjenes zu Ungunsten der Landschaftsverbände und der Kommunen verrechnet. Da sind sie Sie also durchaus weiter vorne als die Landesregierung, was das für uns bedeutet müssen wir im nächsten Jahr einmal sehen.

Absolut richtig finden wir die kommunale Verfassungsbeschwerde bezüglich der Umsetzung des BTHG in NRW, die der Landschaftsverband mit einigen Kommunen erhoben hat.

Wir würden es auch sehr begrüßen, wenn die befristeten Stellen für die Hilfeplanung im Bereich der Frühförderung in unbefristete Arbeitsverhältnisse überführt werden. Angesichts des Fachkräftemangels und der vielen unbesetzten Stellen beim LWL sind wir aber zuversichtlich, dass dies gelingen wird.

Wo wir gerade dabei sind: Positiv sehen wir die Konzentration aller finanzieller Hilfen für Kinder und Jugendliche in der Abteilung 50. Hiermit wird der Doppelhaushalt sinnvoll genutzt, um Kompetenzen im Bereich des Landesjugendamtes zusammenzuführen, wo sie ja eigentlich auch hingehören. Ich wiederhole mich, Chapeau, Frau Westers.

So, da kommen wir jetzt leider nicht drum herum – RWE.

Nach wie vor hätten wir es lieber gesehen wenn die Politik dem Vorschlag unseres geschätzten Landesdirektors gefolgt und sich vom größten Teil der RWE Aktien getrennt hätte. Die Welt ändert sich gerade zwangsläufig sehr schnell, wenn wir unsere Gesellschaft, die Art wie wir leben, nicht drastisch ändern wird die Menschheit, genau wie die Vielzahl der anderen Arten an deren Aussterben wir schuld sind, untergehen. Punkt.

Und dann ist da dieser Dinosaurier RWE. Er ist groß, unbeweglich und trampelt alles kaputt. Klar kann man argumentieren das die vielen Arbeitsplätze erhalten bleiben müssen, man könnte aber natürlich auch einmal schauen wie viele Arbeitsplätze im Bereich der regenerativen Energien gar nicht erst entstehen wegen der Lobbyarbeit der großen Energiekonzerne. Denn die haben Angst.

Jeder kann heutzutage selbst Strom erzeugen, wenn er will, und sei es nur mit einer Heim-PV Anlage, die er in den Garten oder auf den Balkon stellt um tagsüber den Kühlschrank zu betreiben. Einsteigersysteme kosten weniger als 500 Euro.

Meine Damen und Herren, das ist die Zukunft, dezentrale Autonomie: der Verbraucher wird zum Erzeuger – und RWE guckt sparsam in die Röhre. In unserem schönen Land wird das jedoch mit erheblichen bürokratischen Hürden verhindert, und das aus rein wirtschaftlichen Gründen. Alles soll gefälligst so bleiben wie es ist, von oben herab wird diktiert und kassiert. Könnte ja jeder kommen, und was würde dann aus unseren schönen bequemen Sesseln im Beratergremium, nicht wahr?

Und das sie dann im gleichen Atemzug ein Klimakonzept einbringen und beschließen, wir mussten ja schon ein wenig lachen.

Sei's drum, wir gehen ohnehin stark davon aus das die 15te Landschaftsversammlung deutlich anders aussehen wird als die jetzige, und dass diese sich dann noch einmal

eingehend mit diesem Komplex beschäftigt wird. Die Konstruktion mit den Stiftungen lässt Spielraum, das und der festgeschriebene Verwendungszweck gehen für uns in Ordnung.

Den Kollegen von Fossil Free sei ans Herz gelegt, in ihren kreativen Aktionen nicht nachzulassen und diese Wahl als Zeitenwandel zu verstehen.

Trotz Senkung der Umlage wird mittelfristig die Ausgleichsrücklage nicht komplett aufgezehrt. Der LV hat in den letzten 3 Jahren sein eigenes Eigenkapital, seine eigene Ausgleichsrücklage, kontinuierlich angefüllt. Aufgrund verständlicher Proteste der Mitgliedskommunen des LWL im Rahmen der Benehmensherstellung und im Hinblick auf eine Ausgleichsrücklage von jetzt rund 242 Mio. Euro und bei einem prognostizierten Überschuss für das Haushalts-Jahr 2019 in Höhe von rund 50 Mio. auf dann 292 Mio. Euro wurde der Landschaftsverband massiv aufgefordert, die Ausgleichsrücklage zu nutzen, den fiktiven HH-Ausgleich so darzustellen das die geplante Umlage von 15,45% um 0,3%Punkte auf 15,15% gesenkt wird. Der momentanen Ausgleichsrücklage werden ca. 80 Millionen Euro entnommen, also etwa ein Drittel.

Und wir als Fraktion haben volles Verständnis für die Kritik aus unseren Mitgliedskommunen.

Wenn sich jetzt die CDU und SPD-Fraktionen mit ihrem für heute eingebrachten Antrag, genau diese 0,3%Punkte in der Umlage zu kürzen, das Krönchen der Umlagesenker aufsetzen wollen, sei ihnen das mit Blick auf die Kommunalwahl gegönnt. Unserer Meinung nach ist es allerdings nur peinlich.

Insgesamt werden wir, Überraschung Überraschung, dem Haushalt also zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.